



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10828 | 40. WOCHE | 37. JAHRGANG

MONTAG, 28. SEPTEMBER 2015 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



UNO Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai sprach auf dem Nachhaltigkeitsgipfel ▶ SEITE 3

SYRIEN Ein russischer Militärexperte über die Rolle Moskaus, ein lokaler „Fixer“ über seine Flucht ▶ SEITE 12, 13

BERLIN Hotelplätze für Flüchtlinge sind knapp. Geschäftemacher nutzen das aus ▶ SEITE 23

Fotos oben: reuter, ap

VERBOTEN

Hello, dear Americans!

232 Jahre nach eurer Unabhängigkeit von Großbritannien habt ihr euch weit von Europas Kultur entfernt – und noch weiter von unseren Sprachen. Das belegt ein Bericht der griechischen Zeitung *Kathimerini*, wonach eure Regierung während der jüngsten Griechenland-Verhandlungen Athen geraten hat, sich nicht direkt mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble anzulegen, da dessen Haltung zum Euro nicht rational, sondern „philosophisch-religiös“ motiviert sei. So weit völlig richtig – aber für Schäubles Weltanschauung gibt es einen viel passenderen griechischen Ausdruck:

orthodox.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 15.280 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 25 10 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
tazShop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune



Geflüchtet aus dem Wüstenknast

ASYL Eritreas Regierung zwingt ihre Bürger zu Militärdienst und Zwangsarbeit. Obwohl die Ausreise verboten ist, leben 360.000 von Millionen Einwohnern im Ausland. 6.000 kamen dieses Jahr nach Deutschland ▶ SEITE 5

Flüchtlinge aus Eritrea in Berlin verfolgen ein Fußballspiel Foto: Axel Schmidt/afp

Rechte Gewalt ohne Ende

HASS BKA zählt 26 Brandanschläge auf Heime, wieder Angriff in Heidenau

BERLIN *taz* | Wieder Gewalt in Heidenau: Laut Angaben der Polizei gerieten am Samstagabend in der sächsischen Kleinstadt mehrere russischstämmige Anwohner mit vier pakistanischen Flüchtlingen aneinander. Die Jugendlichen schlugen darauf mit Bierflaschen auf die Asylbewerber ein und flüchteten. Zwei der Pakistaner, 24 und 33 Jahre alt, erlitten Kopfplatz- und Schürfwunden.

Unterstützer riefen noch für Sonntagabend zu einer Demonstration in Heidenau auf. Der Ort geriet bereits Mitte Au-

gust in die Schlagzeilen, als angereiste Neonazis und Anwohner zwei Nächte in Folge vor der örtlichen Flüchtlingsunterkunft randalierten, Böller und Steine warfen.

Indes reißt auch die Serie an Angriffen auf Asylunterkünfte nicht ab. Am Wochenende versuchten Unbekannte in Bremen ein noch unbewohntes Großzelt für Flüchtlinge in Brand zu setzen. Im sächsischen Niederau beschimpften Anwohner Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks vor einer Unterkunft, blockierten mit Autos eine Zufahrt

und versuchten Bauzäune einzureißen.

Das BKA geht nach aktuellen Zahlen, die der *taz* exklusiv vorliegen, bereits von 26 Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte in diesem Jahr aus. Nur in sieben Fällen konnten Verdächtige gefasst werden – insgesamt 20 Personen. Dazu kommen 59 weitere Gewaltdelikte gegen Unterkünfte in diesem Jahr. Im gesamten Vorjahr waren es 28. Das BKA selbst spricht von einer „neuen Quantität und Qualität“ der Taten.

▶ [taz.fluchthilfe](#) SEITE 4

VW will nachbessern

DIESEL Schweiz verbietet ab heute Verkauf

WOLFSBURG *dpa* | Volkswagen wird die vom Abgasskandal betroffenen Dieselaautos aus dem Konzern auf eigene Kosten nachbessern. Das Unternehmen habe sich einen Zeithorizont von wenigen Wochen gesetzt, in dem die Maßnahmen vorgestellt werden sollen, sagte ein VW-Sprecher.

Aus dem Bundesverkehrsministerium hieß es am Sonntag, das Kraftfahrtbundesamt habe VW aufgefordert, bis zum 7. Oktober einen verbindlichen Zeitplan vorzulegen, bis wann die Fahrzeuge auch ohne Ma-

nipulationssoftware die Abgasverordnung einhalten können. Auch aus dem Ausland kommt Druck: In der Schweiz wird der Verkauf der fraglichen Autos mit dem Motor EA 189 ab heute verboten, und Italien kündigte eigene Abgasmessungen an.

Betroffen sind nach VW-Angaben weltweit 11 Millionen Fahrzeuge verschiedener Marken, davon 2,8 Millionen in Deutschland. Wichtig sei, schnellstmöglich die Kunden zu informieren, hieß es.

▶ [Wirtschaft + Umwelt](#) SEITE 8
▶ [Meinung + Diskussion](#) SEITE 12

KOMMENTAR VON ROBERT MISIK ÜBER DEN ERFOLG DER RECHTSPOPULISTEN IN ÖSTERREICH

Regierungsspitze mit Ablaufdatum

Nach dem Wahlgang in Oberösterreich wird die politische Klasse mit den erwartbaren Ausreden daher kommen: Der Flüchtlingsstrom und die damit verbundene Angst der Wähler vor Chaos und zu vielen Ausländern hätten der FPÖ die Stimmen nur so zugetrieben. Dagegen hätten die konservative ÖVP und die Sozialdemokraten einfach keine Chancen gehabt, und die Grünen seien irgendwie einfach untergegangen.

Aber das ist natürlich Unsinn: Auch wenn kein einziger Flüchtling gekommen wäre, die Wahlen wären nicht sehr viel anders ausgefallen. Die oberösterreichischen Sozialdemokraten haben einen Fehler nach dem anderen gemacht

und kommen seit Jahren nicht aus ihrem Tief. Auch der Absturz der ÖVP hat nur bedingt mit der „Flüchtlingskrise“ zu tun, nämlich insofern als das dilettantische Missmanagement der ÖVP-Innenministerin, die es schon im Sommer nicht schaffte, ein paar tausend Flüchtlinge ordentlich unterzubringen, den Absturz der Partei eingeläutet hat.

Die generelle Stimmung im Land ist angesichts der jämmerlichen Performance der Wiener Regierungsspitze den ehemaligen Großparteien ÖVP und SPÖ abträglich und begünstigt die rechtspopulistische Radauopposition FPÖ. Und die sogenannten Etablierten wirken nur mehr hilflos.

Dieser Trend wird sich aller Voraussicht nach bei den noch weitaus wichtigeren Wiener Landtagswahlen in zwei Wochen fortsetzen. Die Wiener SPÖ ist zwar noch eine Glanznummer verglichen mit der Bundesführung und den meisten anderen Landesparteien, aber dem allgemeinen Sog kann sie sich nicht völlig entziehen. Auch in Wien wird die FPÖ massiv hinzugewinnen, wenngleich Rot-

Auch ohne Flüchtlinge wären die Wahlen nicht anders ausgefallen

Grün wohl die absolute Mehrheit knapp verteidigen wird.

Im Wesentlichen hängen die Wahlsiege der FPÖ mit dem Verdruss über die Etabliertenpolitik zusammen, mit sichtbar planlosen Eliten und der jammervollen Performance der Bundesregierung. Was immer man von Werner Faymann, dem Bundeskanzler, halten mag, ob man ihn für unfähig hält, wie das die meisten tun, oder für jemanden, der unfair unter seinem Wert geschlagen wird, wie ein paar Wohlmeinende meinen, oder für irgendetwas dazwischen: Es ist jedenfalls eher unwahrscheinlich, dass er die nächsten acht Wochen politisch überlebt.
▶ [Schwerpunkt](#) SEITE 2



4 190254 801600

PORTRAIT



Patrick Pelloux, Kolumnist bei Charlie Hebdo Foto: afp

Notarzt geht woandershin

Nach dem Karikaturisten Luz hat auch der Kolumnist Patrick Pelloux bei Charlie Hebdo gekündigt und dies auf dem kleinen Rundfunksender Web7Radio begründet.

Seit dem Attentat vom 7. Januar dieses Jahres sieht er sich selbst als „Überlebenden“, hat aber keine Lust mehr, jede Woche darüber zu reden. Er war gleich nach dem blutigen Anschlag in die Redaktion gekommen und hatte vergeblich versucht, angeschossene Charlie-Kollegen zu retten.

Vielleicht hatte ihn dies als Mediziner mehr getroffen als andere. Noch Tage und Wochen später war er in Tränen. Nun will er noch bis Jahresende seinen wöchentlichen Beitrag liefern, dann sollen andere weitermachen. Nach der Trauerzeit ist Charlie Hebdo für ihn ein abgeschlossenes Kapitel.

Für ihn war das ohnehin mehr ein Nebenjob, denn Pelloux, 52 Jahre alt, ist hauptberuflich Notarzt, Gewerkschafter und Schriftsteller. Pelloux hat sich immer dort engagiert, wo Not am Mann war.

Bis zum Anschlag vom Januar wussten wohl die wenigsten in Frankreich, dass dieser Doktor Pelloux auch für das satirische Wochenblatt schrieb. Das Fernsehpublikum kannte ihn vorher nur im weißen Arztkittel, wie er sich sehr beredt als Sprecher für die Forderungen seiner gestressten, unterbezahlten KollegInnen in den Notfallstationen einsetzte. Im August 2003 wurde er landesweit bekannt, weil er als Erster vor den absehbaren dramatischen Folgen der Hitze warnte.

Er war vor den Kameras so überzeugend, dass er in mehreren Filmen kleine Rollen als Arzt oder Krankenpfleger bekam. Er hat aber auch mehrere Bücher zur Notfallmedizin publiziert sowie zu existenziellen Themen, so „Man lebt nur ein Mal“ und „Man stirbt nur ein Mal, aber für lange Zeit. Die letzten Tage großer Männer“. Als prominente Persönlichkeit hat er sich auch für Sozialreformen oder gegen den Rassismus und gegen den Stierkampf eingesetzt.

Bei Charlie Hebdo hatte Pelloux wohl seine Grenzen erreicht. Das Magazin wiederum hat seine Existenzkrise überlebt und braucht keinen Notarzt mehr, der jede Woche in seiner Kolumne der Nation auf den Puls fühlt. **RUUDOLF BALMER**

taz.blog

Hausmeisterblog

Für den legendären taz-Kolumnisten Helmut Höge war die Zeilenbegrenzung der Druckausgabe immer ein Problem. In seinem Blog „Hier spricht der Aushilfschausmeister“ hat er endlich Platz blogs.taz.de

NACHRICHTEN

EPIDEMIE

Deutschland dringt auf WHO-Reform

NEW YORK | Deutschland, Norwegen und Ghana haben auf UN-Ebene eine Initiative gestartet, die eine Wiederholung einer Epidemie wie bei Ebola vermeiden soll. Bei einem Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür am Samstag eine umfassende Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die besser auf solche Krisen vorbereitet werden müsse. Wichtig sei zudem, dass künftig beim Ausbruch einer Epidemie Informationen sofort weltweit bekannt gemacht würden. Dem schloss

sich Norwegens Ministerpräsidentin Erna Solberg an: Es sei sicher, dass es künftig neue Epidemien geben werde.

Zuletzt wütete Ebola in Westafrika. Seit Dezember 2013 starben daran mehr als 11.000 Menschen in Sierra Leone, Guinea und Liberia. Die Bekämpfung von Krankheiten gerade in Entwicklungsländern ist ein Schwerpunkt der deutschen G-7-Präsidentschaft und auch Teil der in New York beschlossenen UN-Agenda 2030, nach der Hunger und Armut bis 2030 eliminiert werden sollen. (rtr) **Schwerpunkt SEITE 3**

POLEN

Freiwillige entfernen Hass-Graffiti

WARSCHAU | „Schluss mit Hass-Parolen!“ Unter diesem Motto haben in polnischen Städten Freiwillige den öffentlichen Raum von verhetzenden Graffiti gesäubert. Die Kampagne gegen Rassismus, Fremdenhass und Intoleranz lief am Samstag aus. Auch Regierungschefin Ewa Kopacz und Diplomaten europäischer Staaten nahmen an der Aktion unter dem Namen „Hej-stop“ (die polnische Schreibweise von „Hate-Stop“) teil. An frequentierten Orten übermalten sie dabei antisemitische und rassistische Aufschriften. (dpa)

TAZ.DE/TZI

Unser Ziel: unabhängiger Onlinejournalismus ohne Bezahlschranke. Schon 5.273 Menschen zahlen freiwillig für taz.de. Alles rund um unsere Pay-Wahl unter taz.de/zahlich

Anknüpfen im Netz

www.taz.de

ELEKTRO-AUTOS

Neue Schilder – neue Privilegien

BERLIN | Halter von Elektroautos können seit Samstag ein spezielles Nummernschild beantragen und damit bestimmte Privilegien im Straßenverkehr genießen. So dürfen sie zum Beispiel ohne Gebühr parken oder auf der Busspur fahren – allerdings nur, wenn die Kommune vor Ort auch die Voraussetzungen dafür schafft. Die Möglichkeit dazu bietet das im Juni in Kraft getretene Elektromobilitätsgesetz. Die Regierung will so mehr Verbraucher dazu animieren, sich ein klimafreundliches E-Auto zuzulegen. (dpa)

Rechte Gewinne an der Donau

ABSTIMMUNG Die rechtsradikale FPÖ feiert in Oberösterreich den erwartbaren Wahlsieg. Die hilflosen Etablierten sind trotzdem geschockt. Nun sind die Freiheitlichen zweitstärkste Partei im Landtag

AUS WIEN ROBERT MISIK

Als die ersten Hochrechnungen für die oberösterreichischen Landtagswahlen über den Bildschirm flimmerten, machte sich dann doch noch Schockstarre breit: Auf rund 36 Prozent fällt die konservative Volkspartei zurück, das ist ein Minus von rund 10 Prozent, die rechtsradikale Freiheitliche Partei (FPÖ) kommt auf bis zu 32 Prozent, die Sozialdemokraten stürzen von ihrem ohnehin historischen Tiefstwert von 25 Prozent noch einmal weiter auf 18 Prozent ab. Die Grünen dürften mit Ach und Krach höchstens 11 Prozent er-

reichen und die liberal-konservativen Neos müssen zittern, ob sie die Vierprozenthürde überspringen können.

Es ist der erwartete Triumph für die Freiheitlichen und deren Anführer Heinz-Christian Strache – neuerdings wegen seiner Orbán-Begeisterung auch „Stracheldraht“ genannt, und man darf darauf wetten,

Schon seit Monaten war klar, dass die FPÖ die Sozialdemokraten überflügeln

dass der allgemeine Spin in die Richtung gehen wird, dass sich „besorgte“ Bürger und Bürgerinnen wegen des Flüchtlingsstroms in Scharen der FPÖ in die Arme geworfen haben. Dabei war natürlich schon seit Monaten klar, dass etwa die FPÖ die Sozialdemokraten überflügeln würde und mit Abstand zweitstärkste Partei in Oberösterreich – das an der Grenze zu Bayern liegt – würde. Allein der Absturz der ÖVP hat sich erst in den vergangenen zwei Monaten abzeichnen begonnen und ist zumindest teilweise mit der Flüchtlingskrise verbunden – nämlich unter anderem eine

Folge des Missmanagements der ÖVP-Innenministerin, deren Dilettantenpartei es schon im Frühsommer nicht geschafft hat, auch nur ein normales Erstaufnahmelager ohne Totalchaos zu organisieren. Böse Zungen behaupten, die Ministerin hätte das mit Absicht getan, um Flüchtlinge abzuschrecken – damit diese direkt nach Deutschland weiterziehen.

Großer Verlierer dieser Wahl ist vor allem der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer, der seit 12 Jahren der ersten schwarz-grünen Koalition in Österreich vorstand. Diese ÖVP-Grünen-Koalition

hat nun ihre Mehrheit im Landtag verloren. Ob die ÖVP nun mit den siegreichen Freiheitlichen oder mit den selbst zertrümmerten Sozialdemokraten weiter regiert, ist offen. Skurrilerweise war der Schock für die Grünen am schlimmsten – die bis zuletzt darauf gehofft hatten, ihr Regierungspartner würde besser abschneiden, und nun trotz leichter Zugewinne aus der Regierung rausfliegen werden.

Jetzt geht die Furcht vor der bundespolitischen Ausstrahlung dieses Wahlabends um. In zwei Wochen wählt Wien einen neuen Landtag und Gemeinderat, und die Sozialdemokraten, die hier seit 1919 (ausgenommen 12 Jahre faschistischer und Nazidiktatur) regieren, bangen vor einem ähnlichen Debakel. Manche Demoskopien sehen sogar schon ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPÖ und FPÖ in Wien. Selbst wenn es nicht so schlimm kommt, ist ein Absturz der SPÖ von zuletzt 44 Prozent auf 37 Prozent auch in Wien durchaus realistisch.

Nach dem oberösterreichischen Debakel ist kaum etwas auszuschließen – auch eine überstürzte Neuaufstellung der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP nicht. SPÖ-Kanzler Werner Faymann gilt länger schon als heißer Ablöse kandidat – zu schlecht sind einfach seine Popularitätswerte. Nachfolgekandidaten sind etwa der Bahnchef Christian Kern, der in der Flüchtlingskrise eine hervorragende Figur machte, sowie der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Bund, Andreas Schieder. Außenminister Sebastian Kurz könnte die ÖVP übernehmen.



Hat die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge etwas mit den Gewinnen der FPÖ zu tun? Foto: K. Joensson/ap

THEMA DES TAGES

AfD steigt wieder über fünf Prozent

UMFRAGEN In Deutschland profitieren rechte Parteien von der Flüchtlingsdebatte: Die AfD legt zu, Kanzlerin Merkel rutscht ab

BERLIN taz | Die AfD liegt in einer Umfrage erstmals seit längerer Zeit wieder über der Fünfprozenthürde. Laut Emnid stieg ihr Stimmenanteil von zuletzt 3 auf 4 bis 6 Prozent. In Sachsen liegt die AfD demnach gar bei 13 Prozent.

Offenbar zahlt sich für die Rechtsaußenpartei damit die derzeitige Flüchtlingsdebatte aus. Die AfD hatte zuletzt ganz auf das Thema gesetzt und eine „Herbstoffensive“ ausgerufen. In Dresden, Potsdam und Erfurt organisierte sie Demonstra-

tionen – in Erfurt kamen 5.000 Teilnehmer. In Sachsen-Anhalt wählte die AfD am Wochenende den Hardliner André Poggenburg zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2017 – einen der vehementesten Asylkritiker in der Partei.

Auch AfD-Bundeschefin Frauke Petry wettete gegen das „Asylchaos“, forderte weitere Grenzkontrollen und die Verlagerung von Asylverfahren in die Herkunftsländer der Flüchtlinge. Profiteur der Unzufriedenheit ist auch das asyl-

feindliche Bündnis Pegida aus Dresden: Nach einer Flaute gingen dort zuletzt wieder 7.500 Teilnehmer auf die Straße.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wurde für ihr jüngstes Eintreten für Flüchtlinge – „Wir schaffen das“ – dagegen abgestraft. In einer Spiegel-Umfrage rutschte sie erstmals in dieser Legislaturperiode vom Spitzenplatz auf Rang vier der beliebtesten Politiker des Landes ab. CSU-Chef Horst Seehofer, der zuletzt gegen Merksels Flüchtlingspolitik polterte, gewann dage-

gen 6 Prozentpunkte hinzu und stieg auf Platz neun.

In der Union werden inzwischen Stimmen lauter, die mehr als „nur diesen Wohlfühlsprech“ Merksels fordern, wie es der CDU-Abgeordnete Klaus-Peter Willsch formulierte. Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) forderte, die jüngst „falsch gesendeten Signale zu korrigieren“. Erika Steinbach, Sprecherin für Menschenrechte der Union, sagte der Bild: „Das Leben ist nicht leichter geworden mit den Äußerungen der Kanzlerin.“ Die

Bevölkerung erwarte von ihrer Partei, „dass einem weiteren Zuzug Einhalt geboten wird“.

Laut einer aktuellen Emnid-Umfrage sind 68 Prozent der deutschen Wahlberechtigten mit der derzeitigen Flüchtlingspolitik unzufrieden. Unter Unions-Wählern sagen dies 61 Prozent – Linken-Anhänger vertreten diese Auffassung sogar zu 80 Prozent. Die größte Sorge der Befragten ist demnach die Zunahme von Kriminalität und Terrorgefahr (57 Prozent).

KONRAD LITSCHKO



Zukunft der Erde

UN-Gipfel beschließt 17 „Nachhaltigkeitsziele“ bis 2030.
Nun fehlen nur noch das Geld und der politische Wille



Das große Versprechen

IN 15 JAHREN Beim New Yorker UN-Gipfel am Wochenende erklärten Politiker aus aller Welt, wie sie den Planeten retten wollen – und was sie bisher daran gehindert habe



Arbeitsessen am Rande des UN-Nachhaltigkeitsgipfels: Kanzlerin Merkel und Facebook-Gründer Zuckerberg (l.) im Dienste besserer Telekommunikation weltweit ... mit UN-Chef Ban (z. v. r.) und Bono (r.) Foto: Steffen Kugler/dpa

AUS NEW YORK **DOROTHEA HAHN**

Der Plan, dem sämtliche 193 Mitgliedstaaten der UNO zugestimmt haben, klingt schön wie ein Traum: Danach sollen unter anderem Armut und Hunger abgeschafft werden, soll es Schulen für jedes Kind und gesundheitliche Versorgung für alle Menschen geben, und alle Frauen sollen gleiche Rechte genießen.

Die insgesamt 17 Ziele (und 169 Unterziele) gelten weltweit und sollen in 15 Jahren erreicht sein. „Die Agenda 2030 ist“, so sagt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in New York, „das Versprechen einer besseren, sichereren, grüneren Zukunft für alle.“

Ins Gewissen geredet

Der „Nachhaltigkeitsgipfel“, der die Agenda zum offiziellen UN-Programm gemacht hat, markiert zugleich den 70. Geburtstag der am Ende des Zweiten Weltkriegs gegründeten Organisation. Es ist ein Treffen der Superlative, mit zahlreichen prominent besetzten Nebenveranstaltungen in der Stadt.

Zum Auftakt redet der Papst den rund 160 Staats- und RegierungschefInnen und zahlreichen MinisterInnen ins Gewissen, den Planeten zu retten und die „Wegwerfkultur“ zu beenden. Dem 78-jährigen folgt die 18-jährige pakistanische Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai, die sich für Schulen für Mädchen engagiert. Nach ihr erklären SpitzenvertreterInnen sämtlicher Mitgliedsländer – ausgedehnt über zwei Tage – warum sie der Agenda 2030 zustimmen. Und woran es bei ihrer Umsetzung hapern könnte. Letzteres lässt sich in wenigen Worten zusammen fassen: politischer Wille und Geld.

Um die Agenda 2030 zu realisieren, sind nach gegenwärtigen Schätzungen jährlich rund 3,3 bis 5 Billionen Dollar nötig. Bisher haben nur wenige Länder konkrete Zahlen genannt – so

hat Präsident Xi Jinping in New York angekündigt, dass China bis 2030 12 Milliarden Dollar in den Prozess investieren will.

Doch – wie die von ihr abgelösten Millenniumsziele – hat auch die Agenda 2030 keinen verpflichtenden Charakter. Die Vereinten Nationen haben keine Möglichkeit, jene zu bestrafen, die nicht genug dafür tun.

Die Probleme sind absehbar: Da nennt Kubas Präsident das US-Embargo das größte Hindernis für die ökonomische Entwicklung seines Landes; da macht der palästinensische Politiker die israelische Besatzung für die Armut verantwortlich; da verweist die ruandische Ministerin auf den Genozid, der jemenitische Minister auf den gegenwärtigen Konflikt.

Und der neuseeländische Politiker schildert, wie sehr die kleinen Inselstaaten in seiner Region darunter leiden, dass andere Staaten ihre Fischgründe leeren. Neuseeland und die Europäische Union arbeiten mit mehreren dieser Länder zusammen, um ihre Energieversorgung von den in der Region extrem teuren Mineralölen auf erneuerbare Energien – insbesondere Sonnenenergie – umstellt.

Um die Ziele zu erreichen, wären jährlich etwa 3,3 bis 5 Billionen Dollar nötig

sammen, um ihre Energieversorgung von den in der Region extrem teuren Mineralölen auf erneuerbare Energien – insbesondere Sonnenenergie – umstellt.

Zugleich treten bei diesem Gipfel Östaaten mit dem Versprechen an, sich für die Nachhaltigkeit zu engagieren: Der aserbaidschanische Vertreter will dies mit neuen Öl- und Gaspipelines tun. Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen ihre „Nachhaltigkeits-Erfolgsgeschichte“ unter anderem mit „sicheren Atomkraftwerken“ fort-

setzen. Auch vor diesem Hintergrund weisen ExpertInnen außerhalb der UN auf widersprüchliche Ziele innerhalb der Agenda hin, die beispielsweise für bestimmte Regionen ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent postuliert und gleichzeitig einen geringeren Verbrauch von Ressourcen fordert.

Deutsche Projekte

Bundeskanzlerin Angela Merkel verfolgt mehrere Projekte auf dem Nachhaltigkeitsgipfel: Einerseits stellt sie zusammen mit der norwegischen Premierministerin und dem Präsidenten von Ghana eine Initiative vor, die Lehren aus der Ebola-Krise zieht. Mit der finanziellen Unterstützung der Gates-Stiftung wollen sie die medizinische Grundversorgung und die Erfassung von Gesundheitsdaten verbessern, damit es bei der nächsten Epidemie weniger Panik und bessere Koordination gibt.

Zudem arbeitet Merkel an der weltweiten Verbesserung der Telekommunikation. Sie bespricht das Thema bei einem Essen mit VertreterInnen von 23 am wenigsten entwickelten Ländern, aber auch beim Treffen mit Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, der für Internetzugang für alle eintritt. Daneben stehen zwei anderen Themen ganz oben auf der Liste der Kanzlerin in New York: Die europäische Flüchtlingskrise und die Reform der Vereinten Nationen, die Berlin seit Langem wünscht.

Am Samstag erklären Merkel und Spitzenvertreter aus Indien, Brasilien und Japan, dass der Weltsicherheitsrat mit seinen fünf permanenten Mitgliedern längst nicht mehr der Zeit entspricht. Auch wenn es um die in der Agenda 2030 postulierten Ziele geht, sind die festen Mitglieder des Weltsicherheitsrats nicht unbedingt vorbildlich. In einem von der Bertelsmann Stiftung erstellten Nachhaltigkeitsindex stehen die USA erst an 29. Stelle. Am besten vorberei-

tet sind Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und die Schweiz, gefolgt von Deutschland.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hüpft, so beschreibt er es selbst, „wie eine Heuschrecke“ von einem Treffen zum nächsten. Er sagt den VertreterInnen von 193 Ländern nicht nur, was er von ihnen in Sachen Nachhaltigkeit erwartet. Den Iran fordert er auch auf, sich stärker an der Lösung regionaler Konflikte zu beteiligen. Den ungarischen Präsidenten erinnert er an die Menschenrechte von Flüchtlingen. Und den chinesischen Präsidenten beglückwünscht er dafür, dass mehr als 400 Millionen Menschen in seinem Land der extremen Armut entkommen sind.

Ban spricht über Kinder- und Müttersterblichkeit, über den Zugang zu sauberem Wasser und über den Graben zwischen Arm und Reich, der sich in den vergangenen 15 Jahren trotz entgegengesetzter lauter Millenniumszielen dramatisch vertieft hat.

Über Syrien verhandeln

Anders als der Papst sind der US-Präsident und sein russischer Amtskollege nicht zum Nachhaltigkeitsgipfel gekommen. Beide reisen erst zur UN-Generalversammlung in dieser Woche nach New York. Am Montag wollen sie sich dort treffen und einen neuen Verhandlungsversuch über Syrien starten, um ein Ende des Konflikts zu suchen, der mehr als 250.000 Menschenleben gekostet und Millionen in die Flucht getrieben hat.

Aber ihre Vorstellungen über die Gesprächspartner gehen vorerst noch weit auseinander. Moskau will auch den Iran sowie Syriens Präsidenten Baschar al-Assad mit an den Tisch holen. Am Mittwoch, im Weltsicherheitsrat, will Moskau eine entsprechende Resolution einbringen.

Für eine bessere Welt

„Sustainable Development Goals – SDG“
„Ziele der nachhaltigen Entwicklung“ (Auswahl)



- 1. ARMUT IN ALLEN FORMEN BEENDEN**
 - Bis 2030 extreme Armut (weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag) überall beenden
 - Bis 2030 den Anteil der Menschen halbieren, die je nach nationalen Maßstäben als „arm“ gelten
- 2. HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT**
 - Bis 2030 sichere Ernährung für alle, besonders Kinder und Arme
 - Bis 2030 Verdopplung der Erträge bei Kleinfarmen, sicherer Zugang zu Ackerland, bis 2020 Sicherung der Artenvielfalt durch Aufbau von Genbanken
 - Reformen der Weltmärkte für Agrarprodukte, Abbau aller Exportsubventionen der Industrieländer
- 3. GESUNDHEIT**
 - Bis 2030 Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit
 - Bis 2030 AIDS, Tuberkulose, Malaria und andere Tropenkrankheiten besiegen, Zugang zu Familienplanung für alle
 - Bis 2020 Zahl der Verkehrstoten halbieren
- 4. BILDUNG**
 - Bis 2030 kostenloser mittlerer Schulabschluss für alle Jungen und Mädchen, freier Zugang zu Vorschulen
 - Bis 2030 sollen alle Jugendlichen und ein „substanzieller Anteil“ der Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen können, gleiche Rechte für Frauen und Männer
 - Mehr Stipendien für Schüler und Lehrer aus den armen Ländern
- 5. FRAUENRECHTE**
 - Diskriminierung, Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung beenden
 - Unbezahlte Hausarbeit anerkennen, faire Aufgabenverteilung in der Familie „wie es national angemessen ist“
 - Gleiche Rechte beim Zugang zu Land, Geschäften, Erbschaft, Finanzen, „in Übereinstimmung mit nationalen Gesetzen“
- 6. WASSER UND ABWASSER**
 - Bis 2030 Zugang zu sauberem Trinkwasser und Abwassersystemen für alle Menschen
 - Bis 2030 Halbierung der Menge unbehandelter Abwässer und mehr Effizienz beim Gebrauch von Wasser
- 7. ZUGANG ZU VERLÄSSLICHER UND NACHHALTIGER ENERGIE**
 - Bis 2030 Zugang für alle zu „bezahlbarer, verlässlicher und moderner“ Energie
 - Bis 2030 Verdopplung der Energieeffizienz und „substanzieller Anteil“ an Erneuerbaren
- 8. NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM**
 - Bis 2030 Vollbeschäftigung, bis 2020 Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit
 - Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wachstum
 - Bekämpfung von Zwangsarbeit, Sklaverei, Menschenhandel. Ende der Kinderarbeit bis 2025
- 9. NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG**
 - Bis 2030 höherer Anteil der „nachhaltigen Industrie“ an Jobs und Wertschöpfung
 - Förderung kleiner Unternehmen, mehr Forschung, Ausbildung und grüne Technologien in Entwicklungsländern
 - Bis 2020 bezahlbarer Internetzugang in allen Ländern
- 10. UNGLEICHHEIT BEKÄMPFEN**
 - Bis 2030 größere Zuwächse beim Einkommen für die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung
 - Bessere Regulierung der internationalen Finanzmärkte, mehr Gleichheit bei Lohn und sozialer Sicherheit
 - Sichere Migration durch koordinierte Politik
- 11. STÄDTE DER ZUKUNFT**
 - Bis 2030 sicheres und bezahlbares Wohnen und öffentlicher Nahverkehr, Renovierung von Slums
 - Bis 2030 deutliche Reduzierung der Todesfälle durch Naturkatastrophen; freier Zugang zu Grünflächen
- 12. NACHHALTIGER KONSUM UND PRODUKTION**
 - Bis 2030 nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen, Verschwendung von Lebensmitteln halbieren
 - Bis 2020 umweltgerechte Entsorgung aller Abfälle, Erhöhung der Recyclingquoten
 - Subventionen für Kohle, Öl und Gas „nach nationalen Umständen“ überdenken
- 13. KLIMASCHUTZ**
 - Ab 2020 Mobilisierung von jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz in Entwicklungsländern
- 14. MEERESPOLITIK**
 - Bis 2020 nachhaltige Fischerei, Reduzierung von Subventionen, Ende der Überfischung, bis 2025 Reduzierung der Verschmutzung
 - 2020 sollen 10 Prozent der Gewässer Schutzzonen sein
 - Zugang lokaler Fischer zu Fanggründen und Märkten sicherstellen
- 15. ARTENVIelfALT**
 - Bis 2020 Stopp der Entwaldung und des Artensterbens, Berücksichtigung von Biodiversität bei Armutsbekämpfung
 - Schnelles Handeln gegen Wilderei
 - Faire Regelungen für Nutzung genetischer Ressourcen
- 16. FRIEDLICHE GESELLSCHAFTEN**
 - Reduzierung von Gewalt, Menschenhandel, Korruption und illegalem Waffenhandel
 - Bis 2030 offizielle Registrierung für jeden, inkl. Geburtsurkunde
 - Stärkung nationaler Institutionen, Partizipation der Bevölkerung und größere Repräsentanz armer Länder in globalen Institutionen
- 17. UMSETZUNG DER MAßNAHMEN**
 - Bekämpfung des 0,7 Prozent-Ziels für Entwicklungshilfe durch Industrieländer, mehr finanzielle Hilfe
 - Technologietransfer in die armen Länder, Verdopplung ihrer Exporte bis 2020
 - „Respekt für die Politik jedes Landes zur Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit“

Quelle: UN, taz

taz.Grafik: infotext-berlin.de